

WdA im April

Das Wort Krise möchte eigentlich niemand mehr hören. Und doch geht es in dieser Ausgabe darum: um die Krise der Gewerkschaften. Sie ist gekennzeichnet durch schwindende Mitgliederzahlen, Konkurrenz unter den Einzelgewerkschaften ohne die sonst belebende Wirkung von Wettbewerb, erkannten Reformbedarf bei ausbleibenden Neuerungen, lähmendes Beharrungsvermögen und sinnlose Anpasserei. Doch was geändert werden kann und muss, ist hier auch zu lesen. –

Ein anderes Thema: Je näher der 60. Jahrestag des Kriegsendes rückt, desto stärker bemächtigen sich die Medien dieses Gedenktages. Wir erinnern an einen Widerstandskämpfer, dessen gewaltsames Ende sich in diesem Monat zum 70. Mal jährt: Fritz Husemann steht für viele, aber insgesamt doch zu wenige, die denen die Stirn boten, welche den Krieg betrieben haben.

Die Themen im Einzelnen:

Seite 1:

Wandel ist lebensnotwendig!

Seite 2:

Anpassung oder gemeinsamer Kampf?

Seite 3:

Brief aus Ostwestfalen, Wer ist der DGB?

Seite 4:

Gewerkschaften in der Krise, Noch ein Verlust

Seite 5:

Blick zurück: „Auf der Flucht erschossen“

Seite 6:

Der DGB braucht Macht

Seite 7:

Wie Solidarität entsteht

Seite 8:

Abschied vom Firmenbesitz, Gemeinwirtschaft, Franzosen kämpfen!

Seite 9:

DGB-Rechtsschutz, Kommentar, Buchtipp, Impressum

Wandel ist lebensnotwendig!

Die Mitgliederverluste der deutschen Gewerkschaften sind seit langem alarmierend. Die acht Einzelgewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund verloren im vergangenen Jahr 350.333 Mitglieder. Ende 2004 gab es nur noch 7.013.000 Mitglieder, also rund 4,8 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind Rentner; nur sechs Prozent gehören der Gewerkschaftsjugend an. Dramatische Mitgliederdefizite bestehen besonders in der Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen. Seit der deutschen Vereinigung sank der Organisationsgrad von 26 auf 17 Prozent. Unter den 32 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, einschließlich der Beamten, gibt es nur noch 5,5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Dagegen waren vor 15 Jahren noch 11,8 Millionen Menschen gewerkschaftlich organisiert. Für die kommenden Jahre rechnet der DGB mit einem weiteren Minus von jährlich 4,5 Prozent.



DGB-Bundeskongress 2002

Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Zahl der Einzelgewerkschaften durch Fusionen von 16 auf acht halbiert. Ver.di und IG Metall mit jeweils 2,4 Millionen Mitgliedern und die IG BCE mit 0,7 Millionen stellen heute drei Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder im DGB. Gegen diese drei großen Einzelgewerkschaften läuft in der Dachorganisation nichts. Damit stellt sich allerdings die Frage nach der

Existenzberechtigung des DGB, in dem die Zusammenarbeit ohnehin völlig unzureichend ist.

Allerdings soll sich nun unterm Gewerkschaftsdach vieles ändern. Der DGB hat durch eine Planungsgruppe die eigene Strukturkrise untersuchen lassen. Ende Januar präsentierte sie „Vorschläge zur Weiterentwicklung des DGB“. Dazu zählen: Aufgabenkritik und Konzentration auf das Wesentliche. Festgestellt wird: „Die Entscheidung, welche Arbeiten künftig aus dem gewerkschaftlichen Tätigkeitskatalog gestrichen werden, ist unverzichtbar. Die Überlastung der Haupt- wie Ehrenamtlichen lässt kein Mehr an Aufgaben zu.“ Künftig sollen die Gewerkschaften ihre „Ressourcen auf Potenzialregionen konzentrieren“, also auf wirtschaftsstarke Gebiete mit vielen noch unorganisierten Erwerbstätigen und Studierenden. Den neuen Zielgruppen sollen bessere Serviceleistungen angeboten werden, darunter nach dänischem Vorbild evtl. auch eine „private Arbeitslosenversicherung für Gewerkschaftsmitglieder“.

Vordringlich wäre aber vor allem eine Konzentration der Gewerkschaften auf gemeinsame politische Ziele, besonders ein Stopp der Mitgliederverluste und das Zurückgewinnen der Meinungsführerschaft bei der Weiterentwicklung des Sozialstaates und der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen.

Vorschläge, Pläne und Modernisierungskonzepte zur Reform des DGB hat es schon viele gegeben. Geändert hat sich grundsätzlich nichts. Diese bittere Erkenntnis muss dringend in allen Einzelgewerkschaften zu tief greifenden strukturellen Veränderungen der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit führen. Mit der Wichtigtuerei so genannter Spitzenfunktionäre muss endlich Schluss sein. Nur Einigkeit in der Durchsetzung gemeinsamer Ziele macht stark! Der DGB braucht Macht!

Franz Kersjes

Anpassung oder gemeinsamer Kampf ?

Der DGB hat nur acht Mitglieder. Und die sind sich über politische Zielsetzungen selten einig. Zum Glaubwürdigkeitsverlust der Gewerkschaften haben die Streitereien bei wichtigen Entscheidungen wesentlich beigetragen.

Die Krise der deutschen Gewerkschaften ist zu einem erheblichen Teil selbst verschuldet. Einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit:

In einem Brief an den IG Metall-Chef Jürgen Peters bekennt der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Hubertus Schmoldt, dass es große Differenzen zwischen den Gewerkschaften gibt: "Unsere Einschätzungen zum Reformbedarf und der Reformpolitik differieren ebenso wie jene zur Rolle und zum Kurs der Gewerkschaften in diesem Prozess" (*Frankfurter Rundschau* v. 11.08.04).

Schmoldt übt „scharfe Kritik an DGB-Chef Sommer“, weil der die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung öffentlich kritisiert hat (*Die Welt* v. 27.08.04).

„Die DGB-Spitze hält sich offiziell heraus und überlässt ihren Regionalchefs die Entscheidung über die Haltung zu Demonstrationen gegen Hartz IV“ (*Frankfurter Rundschau* v. 14.08.04).

Ausgerechnet mit den Gegnern der Gewerkschaften wird von Zeit zu Zeit ein Konsens gesucht. So heißt es in einer Presseerklärung des DGB vom 16.03.2005: „In einer gemeinsamen Erklärung ... fordern der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, und der Präsident des Deutschen Industrie-

und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun: „Regierung und Opposition müssen auf ihrem Gipfelgespräch den Nachweis der Reformfähigkeit Deutschlands erbringen. Dazu gehört die dringend notwendige Reform unserer bundesstaatlichen Ordnung.....Daher unterstützen wir ausdrücklich das Ergebnis der Föderalismuskommission, für die wesentlichen Teile des Wirtschaftsrechts die Bundeskompetenz bestehen zu lassen. Wir fordern zudem gerade im Bereich des Wirtschaftsrechts deutsche Interessen in Brüssel mit einer Stimme zu vertreten.“ Der DGB-Vorsitzende sorgt sich also um den Bestand der Rechte der herrschenden Klasse!

Die Unternehmer freuen sich auch über Teilerfolge im Kampf gegen die Tarifautonomie. In einem Statement vom 14. März 2005 unterteilt Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt die Gewerkschaften in gute und böse: „Alle Tarifabschlüsse der letzten 12 Monate waren vertretbar und haben vor allem mehr betriebliche Spielräume durch unterschiedliche Öffnungsklauseln geschaffen....Für die Branchen, die solche Öffnungsklauseln haben und anwenden, wie z. B. die Chemieindustrie und seit einem Jahr die Metall- und Elektroindustrie, brauchen wir zurzeit keine gesetzlichen Öffnungsklauseln. Dort sind die betrieblichen Möglichkeiten tariflich gestaltet und werden intensiv angewandt. Aber in anderen Branchen, z. B. dem Handel und der Druckindustrie, werden bis heute solche Öffnungsklauseln und eine solche flexible Tarifpraxis durch die Gewerkschaft ver.di verwehrt. Solange wir in diesen Bereichen keine Öffnungsklausel haben, bleibt unsere Forderung aktuell, durch eine Änderung des Tarifvertragsrecht und eine Klarstellung des Günstigkeitsprinzips zu einer gesetzlichen Öffnungsklausel für betriebliche Bündnisse für Arbeit zu kommen.“

Die Politik hat entschieden, die Sozialsysteme auf eine Grundversorgung zu reduzieren. „Das können wir kritisieren“, analysiert DGB-Chef Sommer in einem Interview mit dem „Spiegel“. „Ändern werden wir es nicht.“ Dazu ist zu klären: Wollen die Gewerkschaften noch kämpfen oder verzichten sie auf umfassende Massenaktionen und orientieren sich nur noch auf die parlamentarische Ebene?

Ein Grund für die Entmachtung der Gewerkschaften besteht darin, dass die politischen Zielsetzungen, die gewerkschaftliche Programmatik, für die Mitglieder, und solche die es werden könnten, unklar bzw. nicht erkennbar sind. Das Versagen der Gewerkschaftsführungen im Kampf gegen die Agenda 2010, und zwar trotz einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit gegen die rot-grüne Politik, hat zu einem enormen Glaubwürdigkeitsverlust der Gewerkschaften geführt. Es fehlt ihnen offenkundig der gemeinsame Wille, Gegenmacht zu organisieren. Gegenmacht zu organisieren ist aber und bleibt das Wesenselement für Organisationen, die den Anspruch erheben, Gewerkschaften zu sein. Die Gefahr ist groß, dass Gewerkschaften im Bemühen um Dialogfähigkeit und Konsensbereitschaft ihre originären Aufgaben in noch stärkerem Maß vernachlässigen - und das ausge-rechnet in einer neuen Phase der Brutalisierung durch das Kapital.

Franz Kersjes

Brief aus Ostwestfalen an den Kollegen Sommer

Lieber Kollege Sommer, mit **Sorge, Empörung und Wut**, haben wir Deine jüngsten Äußerungen auf der Neujahrspressekonferenz am 12. Januar in Berlin sowie kürzlich im Interview mit dem 'Spiegel' zur Kenntnis genommen. Es ist zynisch zu behaupten, bei Hartz IV handele es sich um "Schlachten der Vergangenheit". Hartz IV ist aktueller denn je. Nämlich für Millionen Erwerbslose, darunter einige hunderttausend Gewerkschaftsmitglieder. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Arbeitslosengeld II-Bezieher!

Auch in der Vergangenheit, hat sich der DGB in der Auseinandersetzung um den Sozialabbau nicht gerade hervorgetan. Noch zu gut haben wir die "Sommer-Pause" von 2003 in Erinnerung, als der Protest abgewürgt wurde, noch ehe er richtig begonnen hatte. Erst nachdem - ohne Unterstützung der Gewerkschaftsspitzen - im November 2003 hunderttausend Menschen in Berlin gegen die Agenda 2010 demonstrierten, wurden dann 500.000 Menschen zum 03.04.2004 mit Hilfe des DGB mobilisiert. Es wurde jedoch nicht der geringste Versuch unternommen, dieses Potential weiter zu nutzen. Stattdessen wurde halbherzig ein Arbeitnehmerbegehren initiiert, ohne jeden Biss und somit eher als Ersatz für widerständige Aktion. Als im Spätsommer vergangenen Jahres die Montagsdemonstrationen im Osten begannen, zeigte sich die DGB-Spitze vor allem über vermeintliche oder tatsächliche Demagogen von links und rechts besorgt - weniger über die drohenden Hartz IV-Gesetze selbst.

All das ist vielleicht zu ertragen, solange es Hoffnung auf Besserung gibt. Doch sollten sich Deine Zukunftsvorstellungen tatsächlich durchsetzen, würden Gewerk-

schaften schlicht überflüssig werden! Man muss sich das klar machen: Mindestlohn - Fehlanzeige. Ausbildungsabgabe - wollen wir nicht mehr.

Im 'Spiegel' legst Du dann nach: Für die wohlwollende Tolerierung der Gesundheitsreform und weiterer Einschnitte ins soziale Netz ziehst Du ausgerechnet die demographische Entwicklung heran. Dieses Niveau reicht vielleicht für 'Sabine Christiansen'. Außer Acht lässt Du aber, dass es sich hierbei um ein Rechtfertigungsargument für die Interessen der Kapitaleseite handelt. Und deren Ansprüche gehen zu Lasten der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen. Lese bitte die Publikationen der wirtschaftspolitischen Abteilung von ver.di zum selben Thema! Um Deine Ideen sozial gerechter zu machen, möchtest Du die Finanzarchitektur der sozialen Absicherung ändern und die Steuern für Großunternehmen erhöht wissen. Eine schöne Idee die aber nicht funktionieren kann, wenn nicht einmal Hartz IV verhindert werden konnte.

Doch wir wollen nicht nur Kritik üben. Immerhin verdanken wir Dir jetzt große Klarheit darüber, auf wessen Unterstützung wir in den zukünftigen Auseinandersetzungen nicht hoffen dürfen. Die DGB-Spitze möchte offensichtlich in die große Koalition aus Wirtschaft, Politik und Medien eintreten. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir wissen, Gewerkschaften waren noch nie so notwendig wie heute - richtige Gewerkschaften, die die Interessen der Lohnabhängigen und Erwerbslosen verteidigen.

Dafür werden wir uns einsetzen!

Sowohl innerhalb, als auch außerhalb der Gewerkschaften.

Ostwestfalen-Lippe / Bielefeld

Dieser Brief wurde von mehr als 100 aktiven Gewerkschaftsmitgliedern aus zahlreichen Betrieben unterzeichnet.

Wer ist der DGB?

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Dachverband seiner acht Mitgliedsgewerkschaften. Ihre Delegierten wählen auf den unterschiedlichen Ebenen – in den 94 Regionen, in den neun Bezirken und auf Bundesebene – die Vorstände. Alle vier Jahre kommen 400 Delegierte aus den Einzelgewerkschaften zum DGB-Bundeskongress zusammen. Sie treffen die Entscheidungen für die nächsten Jahre und wählen den fünfköpfigen hauptamtlichen Geschäftsführenden Vorstand. Er bildet gemeinsam mit den Vorsitzenden der acht DGB-Gewerkschaften den DGB-Bundesvorstand. Zwischen den Bundeskongressen trifft der Bundesausschuss einmal im Jahr zentrale Entscheidungen. Ihm gehören neben 70 Mitgliedern aus den Gewerkschaften auch die Mitglieder des Bundesvorstandes und die Vorsitzenden der DGB-Bezirke an.

Mitgliederzahlen am 31.12.2004 und Mitglieder-rückgänge in Prozenten im Jahr 2004:

Ver.di	2.464.510, -5,7 %
IG Metall	2.425.005, -4,0 %
IG BCE	770.582, -3,8 %
IG BAU	424.808, -7,9 %
TRANSNET	270.221, -4,6 %
GEW	254.673, -2,4 %
NGG	225.328, -4,7 %
Gew. der Polizei	177.910, -1,9 %

Gewerkschaften in der Krise

Gewerkschaften zu prügeln ist Mode geworden. Die anhaltende Wirtschaftskrise, steigende Sozialkosten, fehlende Arbeitsplätze und Investitionen werden dem störenden Einfluss „organisierter Gewerkschaftsinteressen“ zugeschrieben. In den Gewerkschaften sitzen angeblich die Reformverweigerer. Tarifverträge werden als Beschäftigungshindernisse definiert und zur Disposition gestellt. Auch das dümmste Argument ist gerade recht, um die „Betonköpfe in den Gewerkschaften“ zu beschimpfen.

Ihr miserables Image haben die Gewerkschaften zum Teil allerdings auch selbst verschuldet. Losgelöst von der Basis haben sich Teile ihres Führungspersonals in den vergangenen Jahren verselbstständigt in der Annahme, durch Konsensorientierung und Anpassungsbereitschaft stärkeren Einfluss auf politische Entscheidungen zu gewinnen. Die Ergebnisse sind katastrophal: Einstieg in ein kapitalgedecktes Rentensystem, Einschnitte in das soziale Netz für Arbeitslose, Privatisierung sozialer Leistungen und vieles mehr. Die Gewerkschaften haben zwar immer wieder gegen die Demontage des deutschen Sozialsystems protestiert, fügten sich aber letztlich doch relativ geräuschlos in das scheinbar Unvermeidbare. Dabei haben sie viel Vertrauen bei ihren Mitgliedern verspielt.

Gewerkschaftsfunktionäre behaupten, die Mitglieder seien in der Vergangenheit immer weniger kampfbereit gewesen. Das ist eine Ausrede; sie hat nichts mit Ursachenforschung zu tun. Vielmehr müssen sich viele Funktionäre fragen lassen, ob sie und wie sie über die politische Entwicklung und die damit verbun-

denen Gefahren informiert und aufgeklärt haben und wie offen sie mögliche Lösungen mit den Mitgliedern diskutiert haben. Oft sind Funktionäre mit sich selbst beschäftigt. Wichtigster gibt es in jeder Gewerkschaft auf allen Ebenen. Sie sind ein wesentliches Hindernis bei der Durchsetzung demokratischer Beteiligungsstrukturen für die Mitglieder. Warum engagieren sich vor allem junge Menschen bei Organisationen wie attac oder Greenpeace und nicht in den Gewerkschaften? Von der globalisierungskritischen Bewegung können wir lernen, was es heißt, große Massen zu Diskussionen und Aktionen zu befähigen, ohne Bürokratie und Hierarchie.

Welche Vorstellungen haben die Gewerkschaften von der Zukunft unserer Gesellschaft? Was muss sich ändern? Woher nehmen die Gewerkschaften die Kraft? Was haben sie aus ihren Fehlern gelernt? Alles gehört auf den Prüfstand. Die Organisation ist Mittel zum Zweck, kein Selbstzweck.

Notwendig sind vor allem eine stärkere Dezentralisierung von Entscheidungen und die Einbeziehung der Erfahrungen von Mitgliedern. Aus der Pluralität der Meinungen müssen gemeinsame Ziele entwickelt werden. Statt strikter Arbeitsteilung in der Hierarchie sind Projektarbeiten erforderlich. Die Liste notwendiger gewerkschaftlicher Aktivitäten wird länger und nicht kürzer. An den Gründen, die Gewerkschaften vor weit mehr als 100 Jahren entstehen ließen, hat sich trotz Sozialstaat nichts Entscheidendes geändert. Nur Gewerkschaften können die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern begrenzen und Solidarität organisieren.

Franz Kersjes (2003)

Noch ein Verlust

Nach der Wochenzeitung *Welt der Arbeit* und dem Organ für Funktionäre *Die Quelle* hat der DGB nun auch mit den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* das letzte übrig gebliebene Traditionsorgan eingestellt. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer begründete die Entscheidung mit dem dramatischen Einbruch der Auflagenhöhe während der vergangenen Jahre. Es werde jedoch an einer Konzeption für eine neue Publikation gearbeitet, die noch in diesem Jahr herauskommen solle. Die „Monatshefte“ sind im Jahr 1950 nach der Gründung des DGB als „wissenschaftliches Organ der vereinigten westdeutschen Gewerkschaften“ erstmals erschienen. Zuletzt hatte das Magazin noch 700 freie Abonnenten und 2.500 „institutionelle Leser“.

„Warum machen es die Gewerkschaften uns immer schwerer, sie weiterhin gegen den Zeitgeist zu verteidigen? Wenn sie so sträflich mit ihrem historischen Erbe umgehen!... Wären sinkende Abonnentenzahlen ein hinreichender Grund für die Einstellung, gäbe es viele Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr. Sinkende Mitgliederzahlen führen doch auch nicht zur Schließung der Vorstandszentralen! Warum wird nicht vor der Einstellung das Konzept einer Nachfolgepublikation vorgelegt und damit um die Alt-Abonnenten geworben? Scheut man den Vergleich?“

Professor Walther Müller-Jentsch in seinem Beitrag „Böcklers Enkel knippen das Licht aus“ in der letzten Ausgabe der *Gewerkschaftlichen Monatshefte*

www.gmh.dgb.de

Blick zurück **„Auf der Flucht erschossen“**

Der Krieg und das Kriegsende, dessen in Kürze verstärkt gedacht wird, hatten eine lange Vorgeschichte. Zu ihr gehört auch der Widerstand von Menschen, deren Taten nach 1945 Jahrzehnte lang ignoriert worden waren - unter anderem weil es in der Natur der Sache lag, dass sie im Verborgenen geschehen mussten.

Im April vor 70 Jahren zeigte die Zeitung der Miner's International Federation, des Internationalen Bergarbeiterverbandes, auf der Titelseite das schwarz umrandete Foto eines deutschen Bergmanns: Fritz Husemann, Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, war wenige Tage zuvor, am 14. April 1935, im KZ Esterwegen „auf der Flucht erschossen“ worden. Ebby Edwards, der Sekretär der Verbands-Internationale, schrieb einen leidenschaftlichen, in mehrere Sprachen veröffentlichten Nachruf auf den deutschen Widerstandskämpfer.

Fritz (Friedrich) Husemann war nicht nur Bergarbeiterführer, sondern bis 1933 auch Reichstagsabgeordneter der SPD gewesen. Bei seinem Tod war er 61 Jahre alt. Er hätte sein Leben retten können. Verbände im Ausland hatten ihm Möglichkeiten zur Emigration geboten. Aber Husemann wollte seine Kumpel nicht im Stich lassen. Er versteckte sich nicht einmal, sondern zeigte sich geradezu demonstrativ in den Städten des westdeutschen Reviers, während er gleichzeitig und konspirativ Kontakte zu vertrauenswürdigen Kollegen hielt. Denn wie der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), so hatten

auch die einzelnen Gewerkschaftsverbände ab 1933 sogenannte illegale Reichsleitungen gebildet. Oft handelte es sich, wie bei Husemann, um die früheren Spitzenfunktionäre, die auch im Widerstand führend blieben.

Widerstand gehört zum Selbstverständnis von Gewerkschaftern, Widerstand gegen Beschneidungen von Arbeiterrechten. Der Widerstand aber gegen ein totalitäres Regime brauchte andere, ganz neue und vor allen Dingen verdeckte Formen: vom Flüsterwitz bis zu heimlicher Flugblattverteilung, vom Dienst nach Vorschrift bis zu Sabotageakten in wichtigen Produktionsstätten. Wer sich nicht anpasste, sondern das reichsweite Netz konspirativer gewerkschaftlicher Gruppen mitgestaltete, solidarierte sich später aktiv auch mit Verfolgten und Zwangsarbeitern - bis hin zur Fluchthilfe.

Die geographische Lage des Ruhrreviers, in dem Fritz Husemann zuhause war, begünstigte die heimlichen Verbindungen über die Grenze in die westlichen Nachbarländer. So gelangten aus dem NS-Staat viele Informationen über die Zustände in den Betrieben nach draußen zu den emigrierten Kollegen oder direkt zu Vertretern ausländischer befreundeter Gewerkschaften. Da Fritz Husemann aber auch versuchte, die Interessen seiner Kollegen aus dem Bergbau gegenüber dem NS-Regime zu vertreten, geriet er sehr bald ins Visier der Gestapo. Nach mehreren Verhaftungen erfolgte die letzte „wegen marxistischer Umtriebe“ im April 1935. Man schaffte ihn ins Moorlager Esterwegen. Einen Tag nach seiner „Überstel-

lung“ wurde er von KZ-Wachen erschossen.

Der Mord an Husemann sprach sich schnell herum. Zu seiner Einäscherung versammelten sich viele Menschen in Dortmund. Der traurige Anlass wurde zu einer stillen Kundgebung des Protests. Wie zu erwarten, waren auch Gestapoleute anwesend. Sie verhafteten einige der Teilnehmer; zwei von ihnen wurden in Konzentrationslager deportiert.

Das Schicksal Fritz Husemanns wirkte als Signal. Die Aktionen der Bergarbeiter, soweit sie sich am Widerstand beteiligten, fanden von da an mit noch stärkerer Umsicht statt. In seinem Bericht über die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften dokumentiert Gerhard Beier die gesteigerte Aufmerksamkeit der Gestapo. Erwähnt werden in deren Berichten die starke Dezentralisation aller Gruppierungen und Aktivitäten sowie die Form der Information auch über die Grenzen des NS-Staates hinaus. Erwähnt werden auch die illegalen *Bergarbeiter-Mitteilungen*, die von Franz Vogt, ehemals Angestellter des Bergarbeiter-Verbandes, im Ausland redigiert und auf Schleichwegen ins Reich geschmuggelt wurden. Vogt war eines von vielen weiteren Opfern des Regimes. Als die Niederlande von den Deutschen besetzt wurden, brachte er sich um, ehe die Gestapo ihn fassen konnte. Die illegale politische Arbeit wurde unter den Bedingungen des Krieges fortgesetzt – auch mit konkreten Plänen für die Schaffung eines neuen demokratischen Staates nach Hitler.

Claus Floeder

Der DGB braucht Macht

Über die notwendige Modernisierung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist in den vergangenen Jahren oft geschrieben und geredet worden. Viele Kolleginnen und Kollegen fordern einen starken DGB. Aber etwa ebenso viele tun nichts oder zu wenig dafür. Wer einen starken DGB will, der muss ihm Macht geben! Mehr Macht für den DGB bedeutet aber auch weniger Macht für die Einzelgewerkschaften. Das führt keineswegs zu einer Schwächung oder geringeren Bedeutung der Gewerkschaften im DGB. Im Gegenteil: Alle können durch einen mächtigen DGB nur gewinnen! Vor allem neue Mitglieder. Es geht um die Überwindung gewerkschaftlicher Konkurrenz! Und die hat in den zurück liegenden Jahren spürbar zugenommen. Dafür gibt es im Wesentlichen drei Ursachen:

1. Die anhaltenden Mitgliederverluste verurteilen jede Gewerkschaft zur erfolgreichen Mitgliederwerbung. Dazu gehören leider immer häufiger auch Versuche, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Mitglieder anderer Gewerkschaften abzuwerben.
2. Durch Ausgliederung von Betriebsteilen in kostengünstigere Tarifbereiche versuchen viele Unternehmer die Konkurrenzsituation der betreffenden Gewerkschaften zu nutzen. Sie wechseln den Arbeitgeberverband oder bieten bei Verbandsflucht der

Gewerkschaft mit den kostengünstigeren Tarifverträgen betriebsbezogene Verhandlungen an. Von den betroffenen Beschäftigten wird dann auch ein Wechsel der Gewerkschaft erwartet.

3. Es ist schwieriger geworden, die Gewerkschafts- und Tarifzuständigkeit eindeutig zu definieren. Viele Branchen lösen sich auf, strukturelle Veränderungen sind besonders in den industriellen Bereichen zu verzeichnen, neue Dienstleistungssektoren entstehen. Im Kampf um neue Mitgliederpotenziale konkurrieren die meisten DGB-Gewerkschaften untereinander heftiger als je zuvor.

Die Probleme sind durch die DGB-Schiedsordnung nicht zu bewältigen. Immer öfter sollen Gerichte über die gewerkschaftliche Zuständigkeit entscheiden. Ein unhaltbarer Zustand! Die Konkurrenz überwinden wir nicht durch Kooperationen oder Verbundlösungen. Auch die so genannte Dienstleistungsgewerkschaft ist nur die zweitbeste Lösung. In den dienstleistungsnahen Industriebereichen sind fast alle Gewerkschaften aktiv. Man muss sogar befürchten, dass die Konkurrenzsituation auch mit weniger Gewerkschaften nicht geringer wird, sondern sich sogar verschärft! Die gewerkschaftliche Konkurrenz kann für die Zukunft nur ausgeschlossen werden, wenn der DGB eine Mitgliedergewerkschaft wird! Die

Einzelgewerkschaften als Fach- oder Branchengewerkschaften mit weitgehender tarifpolitischer Autonomie könnten ihre Aufgaben ebenfalls besser erfüllen. Die politischen Potenziale könnten gebündelt, der Verwaltungsaufwand gesenkt und die Beratungs- und Betreuungsaufgaben besser wahrgenommen werden.

Wir brauchen eine DGB-Reform, an der sich alle Gewerkschaften beteiligen! Wir brauchen eine starke Solidargemeinschaft, wenn wir einen Politikwechsel in dieser Republik wirklich erfolgreich durchsetzen wollen. Nur ein starker DGB, der für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die wachsende Anzahl von freiberuflich Tätigen sprechen und handeln kann, ist zukunftsfähig. Deklarationen und Absichtserklärungen helfen da wenig. Wir brauchen die gemeinsame Überzeugung und den gemeinsamen Willen für die notwendigen Veränderungen. Alle Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften müssen mit Unterstützung ihrer Organisationen diesen gemeinsamen Willen entwickeln, sonst bleibt alles nur Stückwerk.

Die Utopie von einem mächtigen DGB und einer starken Gewerkschaftsbewegung muss die Wahrheit von morgen sein, sonst werden alle Gewerkschaften zur Bedeutungslosigkeit verkümmern.

Franz Kersjes (1998)

Wie Solidarität entsteht

Viele Menschen wissen nicht genau, welche Ursachen ihre soziale Situation erklären. Wer sich täglich von Medien wie der „Bild“-Zeitung („ein entsetzliches, menschenverachtendes Blatt“, *Sonntagszeitung der FAZ*) und anspruchslosem Fernsehkonsum ablenken und lähmen lässt, wird niemals herausfinden, wie und wodurch seine Lebens- und Arbeitssituation entstanden ist und wie sie verändert werden kann. Nur wer seine eigenen Interessen erkennt, mit seinen Kolleginnen und Kollegen darüber redet, wird eine Übereinstimmung der Probleme entdecken und einen gemeinsamen Willen zur Veränderung entwickeln können. Über diesen Weg wird gemeinsames Handeln, gemeinsamer Kampf, möglich. Solidarität entsteht aus Vertrauen in die eigene Kraft. Darüber hinaus ist Überzeugungsarbeit erforderlich zur Überwindung von Ängsten und Bedenken, zur Ermutigung aller Beteiligten und zur Akzeptanz der Risiken. Nur wer selber brennt, kann andere anstecken.

Was können Gewerkschaften zur Förderung der Solidarität tun? Zunächst einmal müssen sie ihre Mitglieder und solche, die es werden sollen, in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Das muss glaubwürdig geschehen. Mit Büroöffnungszeiten, Sprechstunden, Versammlungen und Schulungen ist es nicht getan. So wichtig dies alles sein kann, notwendiger ist das Entstehen einer Beteiligungskultur. Wichtigste Aufgaben sind: Begegnungen der Mitglieder zu organisieren, Kontakte herzustellen und Kommunikation zu fördern. Die kleinsten Einheiten in der Gewerkschaftsarbeit sind die wichtigsten: Betriebsgruppen, Berufsruppen, Fachgruppen, Orts-

vereine. Sie müssen in jeder Hinsicht unterstützt werden. In ihnen sammeln sich die gleichen und vergleichbaren individuellen Erfahrungen. Sie sind das Fundament zur Entwicklung von gemeinsamen Zielen in der Gewerkschaft über die jeweilige Gruppe hinaus.



Demokratie erfordert Beteiligung. Man darf den Zustand und die Politik der Gewerkschaft nicht nur beklagen, man muss sich auch einmischen. Mitglieder haben nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Es geht um die gemeinsamen Interessen der abhängig Beschäftigten und der Arbeitssuchenden um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse. Gewerkschaften sind kein Interessenverband wie jeder andere. Sie vereinen die unterschiedlichsten individuellen Interessen und formulieren trotzdem gemeinsame Ziele. Als soziale Bewegung können sie die notwendige gesellschaftliche Kraft zur Beseitigung der Ursachen für die Entstehung undemokratischer und sozialer Missstände entwickeln. Solidarität macht stark! Schwache Gewerkschaften haben die falsche Führung oder gleichgültige Mitglieder. Manchmal sogar beides.

Solidarität muss aus Erfahrungen wachsen. Kann man sich aufeinander verlassen? Ist der vermeintlich Stärkere bereit, sich für den Schwächeren einzusetzen? Es

gibt Solidarität im betrieblichen Alltag, auch gegen Willkür und Sanktionen der Geschäftsleitung. Obwohl das Streikrecht nur zur Durchsetzung von Tarifverträgen in Deutschland zulässig ist, verweigerten beispielsweise 89 Drucker und Helfer an einem Abend die Zeitungsproduktion, weil ein Betriebsratsmitglied wegen „Verletzung seiner Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber“ (!) entlassen werden sollte. Der Kollege hatte ein Flugblatt im Betrieb mit harter Kritik an der Geschäftsleitung verteilt. Weil der Streik nach herrschender Lehre rechtlich nicht zulässig war, wurden die Streikteilnehmer zu Schadenersatz verurteilt. Durch eine bundesweite Spendenaktion wurde mehr als die benötigte Summe gesammelt. Die Geschäftsleitung erhielt zwar „Schadenersatz“, aber sie wagte niemals mehr, die Entlassung eines Betriebsratsmitglieds zu beantragen.

Solche Beispiele sollten Mut machen. Dazu gehören Aufklärung, überprüfbare Informationen, Dispute. Solidarität kann spontan, aber in vielen Fällen erst nach einem längeren, schwierigen Prozess der Verständigung entstehen. Und es gibt viele Feinde. Solidarität und Demokratie haben gemeinsame Feinde: Demagogie, Unterdrückung, Gleichgültigkeit, Dummheit. Die Herrschenden in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft haben schon immer die Solidarität ihrer „Untertanen“ gefürchtet. Und deshalb werden sie zur Erhaltung ihrer Macht auch demokratische Rechte und Freiheiten einschränken, damit sich grundlegend nichts ändert. Wer die bestehenden Verhältnisse verändern will, braucht deshalb Mut und Ausdauer; er muss konfliktbereit und konfliktfähig sein.

-es.

Abschied vom Firmenbesitz

15 Jahre nach dem Grundsatzbeschluss des DGB wollen sich die Gewerkschaften nun weitgehend von ihren unternehmerischen Beteiligungen trennen. Rund zwei Milliarden Euro sollen die Beteiligungen der Gewerkschafts-Holding BGAG wert sein.

Die Gewerkschaften und der DGB haben zum Jahresbeginn einen neuen Vorstand berufen mit dem einzigen Auftrag, die Beteiligungen zu verkaufen. Im Angebot ist der Finanzdienstleister BHW Holding AG (früher Beamtenheimstättenwerk) mit einer Bilanzsumme von 115 Milliarden Euro. Der Finanzkonzern konzentriert sich auf die private Vorsorge. Er verkauft Bausparverträge, Lebensversicherungen, Fonds und Hypothekenkredite.

Außerdem sollen der 50 Prozent-Anteil an der Allgemeinen Hypothekenbank Rheinboden (AHBR) sowie die Immobiliengesellschaften Baubecon (ca. 20.000 Wohnungen) und GGI (Gewerbeimmobilien) veräußert werden. Der gesamte Verkauf der Beteiligungen der BGAG soll bis Ende 2006 abgeschlossen sein. Übrig bleibt nur noch der Bund-Verlag. Demgegenüber stehen Pensionsverpflichtungen in Höhe von 170 Millionen Euro.

Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren schon diverse Unternehmen verkauft, zuletzt die Direktbank Diba an die holländische ING. In böser Erinnerung sind die Mächtigkeiten bei der Neuen Heimat, Schwierigkeiten bei der co op,

der Verkauf der Volksfürsorge und der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG). Übrigens wurde der Begriff Gemeinwirtschaft 1994 aus der Firmenbezeichnung gestrichen.

„Auslöser für die jetzigen Verkaufspläne dürften die massiven Probleme der AHBR sein, die in den letzten Jahren von ihren Großaktionären BGAG und BHW mit über 1,2 Milliarden Euro unterstützt werden musste. Die BGAG hält 39 Prozent am BHW und 50 Prozent an der AHBR. Der BHW seinerseits ist mit 39,5 Prozent an der AHBR beteiligt“, schreibt das *Handelsblatt* in seiner Ausgabe vom 04.03.05. Inzwischen hat die Postbank ihr Interesse am Erwerb des Finanzdienstleisters BHW bekundet. Sie schließt aber eine Beteiligung an der AHBR aus.

Zur Geschichte der Gemeinwirtschaft

1912: Die „Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche VersicherungsAG“ ist das erste von der Genossenschafts- und Gewerkschaftsführung ins Leben gerufene Unternehmen

1919: katastrophale Wohnungsnot, Gründung der „sozialen Baubetriebe“

1928: Entstehung der „Beamtenheimstättenwerk – gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst“

1954: Gründung der Wohnungsbau-Gesellschaft „Neue Heimat“, Bau von mehr als 500.000 Wohnungen bis Anfang der 80er Jahre

1958: Aus einer Fusion entsteht die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG)

1974: Gründung der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG)

1987/1990: Die DGB-Gremien beschließen den Rückzug aus der unternehmerischen Wohnungswirtschaft und der Gemeinwirtschaft

aus *Frankfurter Rundschau* v. .05.03.05

Franzosen kämpfen !

In Frankreich haben die Gewerkschaften wiederholt Streikaktionen und Massenkundgebungen gegen die Politik der Regierung organisiert. Hunderttausende demonstrierten gegen deren Sozialpolitik, die sich vor allem gegen die Arbeitslosen wendet, außerdem für Lohnerhöhungen und für die 35-Stunden-Woche. Im ganzen Land haben die Gewerkschaftsverbände CGT, FO, CFDT, CFTC, UNSA und Solidaires auch im März dieses Jahres gemeinsam zu etwa 150 Kundgebungen aufgerufen. Massiv war die Streikbeteiligung vor allem im Öffentlichen Dienst.

Die Demonstranten wandten sich gegen die Verlängerung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit; sie kämpften für den Fortbestand der 35-Stunden-Woche. Die bestehenden Arbeitszeitregelungen waren von

der sozialistischen Vorgängerregierung im Jahr 2000 gegen den Widerstand der Unternehmer gesetzlich eingeführt worden.

Weil die französische Industrie in diesem Frühjahr Rekordgewinne für das vergangene Jahr ausweist, verlangen die Gewerkschaften, dass ein Teil dieser Erlöse nicht an die Inhaber der Aktienpakete, sondern an die Beschäftigten ausgeschüttet wird.

Auf eine solche Idee ist in den deutschen Gewerkschaften offensichtlich noch kein Spitzenfunktionär gekommen! Klar ist: Deutsche Gewerkschaften werden doch nicht zum Protest oder gar zum Streik gegen die herrschende Wirtschaftsordnung aufrufen. Nur keine Revolution!

Franz Kersjes

Änderungen beim DGB-Rechtsschutz

Der kostenlose Rechtsschutz für Mitglieder ist das wohl wichtigste Serviceangebot der Gewerkschaften. Allein im vergangenen Jahr wurden 496 Millionen Euro in insgesamt ca. 20.000 Verfahren vor den Arbeitsgerichten erstritten. Die Rechtsschutz GmbH der Gewerkschaften unterhält bundesweit 133 Beratungsbüros mit über 400 Rechtsschutzsekretären, mehr als 250 davon sind Volljuristen.

Der DGB plant, den Rechtsschutz zum Teil in eine private Anwaltskanzlei auszugliedern. Mit der Änderung hofft die Rechtsschutz GmbH, ihre finanziellen Probleme ohne Entlassungen und Schließung von Geschäftsstellen in den Griff zu bekommen. Die Zahl der Beschäftigten wird allerdings verringert, indem frei werdende Stellen zum Teil nicht neu besetzt und befristete Stellen nicht verlängert werden.

Ursache für die Finanzprobleme sind die sinkenden Mitgliederzahlen, die sich auch im DGB-Haushalt nieder schlagen. Der DGB erhält von den Beitragseinnahmen der Mitgliedsgewerkschaften einen Anteil von 12 Prozent.

Buchtip

Oskar Negt
Wozu noch Gewerkschaften?
 Eine Streitschrift
 Steidl, 176 Seiten, 14 Euro

„Die gewerkschaftliche Orientierungskrise, die von den Vorständen der nach wie vor mächtigen Organisationen öffentlich kaum eingestanden wird, weil sich die medialen Mächte sofort darauf stürzen würden, hat an der Basis eine lebendige und höchst phantasievolle Auseinandersetzung

Davon bekommt die Rechtsschutz GmbH für ihre Arbeit 40 Prozent. Durch die sinkenden Beitragseinnahmen fließen dem Rechtsschutz jährlich rund drei Prozent weniger Mittel zu. Gleichzeitig steigen jedoch die Kosten um ebenfalls ca. drei Prozent im Jahr, weil Rechte der Beschäftigten immer häufiger eingeklagt werden müssen. Nach Berechnungen des DGB-Bundesvorstands werden in diesem Jahr etwa fünf Millionen Euro fehlen.

Durch die Neugründung einer privaten Anwaltskanzlei soll sich die finanzielle Situation verbessern. An sie sollen solche Gewerkschaftsmitglieder weitergeleitet werden, die zusätzlich eine private Rechtsschutzversicherung abgeschlossen haben. Deren Anteil wird optimistisch auf 30 Prozent geschätzt. Die Kanzlei soll auch Mandanten vertreten, die keine Gewerkschaftsmitglieder sind.

Der DGB lässt zurzeit prüfen, ob eine Aufspaltung des Rechtsschutzes in eine gemeinnützige und in eine steuerfreie Rechtsschutz GmbH überhaupt möglich ist, ohne dass gleichzeitig die Rechtsschutz GmbH ihr Steuerprivileg verliert.

K.

mit der Realität erzeugt. Den Weg ins 21. Jahrhundert kann niemand mit klaren Richtungsstrategien vorgeben, aber gewerkschaftliche Organisationsformen in der gegenwärtigen Situation des Kapitalismus einfach zu verabschieden, weil viele zurzeit nicht recht wissen, welche Politik zukunftsfruchtig ist, wäre keine Kleinigkeit, sondern ein zentraler Bruch im Demokratieverständnis der westlichen Welt“.

Aus dem Vorwort von Oskar Negt.

Fein(d)staub

Die gefährliche Feinstaubkonzentration in der Luft gefährdet unsere Gesundheit. Das ist seit langem bekannt. Feinstäube gelten als eines der größten Probleme bei der Luftreinhaltung. Sie entstehen aus Dieselrußpartikeln, Industrieemissionen und Straßenstaub. Medizinischen Studien zufolge können sie Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Versagen und Lungenkrebs auslösen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation bewirkt die derzeitige Feinstaub-Konzentration in unserem Land eine Verkürzung der durchschnittlichen Lebenserwartung von 10,2 Monaten. Fachleute gehen von jährlich 65.000 vorzeitigen Todesfällen aus.

Politik und Industrie verhindern, dass die Gefährdung unserer Gesundheit unverzüglich aktiv bekämpft wird. Die deutsche Autoindustrie hat den Einbau von Diesel-Partikelfiltern jahrelang boykottiert. Jetzt fordern Industrie, Handwerk und Einzelhandel eine Änderung der EU-Feinstaub-Richtlinie. Umsatzeinbußen werden befürchtet. Der Schutz der Gesundheit wird als „Konsumhemmnis ersten Ranges“ beklagt. Die Parole im Kapitalismus lautet: Profit ist wichtiger als Menschenleben!

-es.

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
 Franz Kersjes,
 Abendrothstraße 5, 50769 Köln,
 Telefon: 0171 - 5 26 65 35,
 Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

www.weltderarbeit.de

Nachdruck erwünscht.
 Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.